

AMNESTY



INTERNATIONAL

<https://www.amnesty.org/en/latest/news/2018/03/israelopt-authorities-must-refrain-from-using-excessive-force-in-response-to-palestine-land-day-protests/>

PRESSEMITTEILUNG

29. März 2018, 17:41 UTC

ISRAEL/BESETZTE PALÄSTINENSISCHE GEBIETE:

Behörden müssen auf Einsatz übermäßiger
Gewalt in Reaktion auf Proteste zum
Palästinensischen Tag des Bodens verzichten

Im Vorfeld der für den 30. März geplanten Protestveranstaltungen zum Palästinensischen Tag des Bodens und inmitten von Berichten über Warnungen der israelischen Sicherheitskräfte, auf jeden das Feuer zu eröffnen, der bei einer Überwindung des Grenzzauns vom Gazastreifen aus nach Israel gesehen wird, forderte Amnesty International die israelischen Behörden auf, ihre Streitkräfte, die während der jüngsten Demonstrationen und Zusammenstöße immer wieder übermäßige Gewalt an den Tag gelegt hatten, im Zaum zu halten.

Am 30. März 1976 protestierten palästinensische Bürger des Staates Israel gegen die Enteignung von 2.000 Hektar Land in der Umgebung mehrerer palästinensischer Dörfer in Galiläa durch die israelische Regierung. Bei der Niederschlagung dieser Proteste wurden sechs Palästinenser von israelischen Truppen getötet und über 100 weitere verletzt. Seither versammeln sich in Israel und in den besetzten palästinensischen Gebieten (OPT) jedes Jahr am selben Tag die palästinensischen Gemeinden, um an diese Ereignisse zu erinnern, um auf die fortlaufende Beschlagnahme palästinensischen Bodens hinzuweisen und um ihre innere Bindung zu dem Land immer wieder neu zu bestätigen.

„Die Behörden müssen davon Abstand nehmen, tödliche Gewalt gegen Protestierende zum Einsatz zu bringen. Die Berichte, dass die israelische Armee damit gedroht habe, gegen 'jeden, der beim Übertreten der Grenze gesehen wird', das Feuer zu eröffnen, sind unfassbar alarmierend. Nach internationalem Völkerrecht dürfen Schusswaffen nur zum Schutz vor einer direkten Bedrohung mit dem Tod oder einer ernsthaften Verletzung eingesetzt werden“, sagte Philip Luther, Leiter der Abteilung Research und Unterstützungsarbeit für den Nahen Osten und Nordafrika bei Amnesty International.

„Als Besatzungsmacht muss Israel die Rechte von Palästinensern auf friedlichen Protest und freie Meinungsäußerung bewahren. Bei der polizeilichen Begleitung von Protesten darf die Armee nur zu legitimen Zwecken, wie zur Eindämmung gewaltsamer Ausschreitungen, und wenn andere Maßnahmen keine Wirkung zeigen, auf Gewaltmittel zurückgreifen. Ein solcher Einsatz von Gewalt muss sich auf das absolut notwendige Minimum beschränken, und gegen friedliche Protestierende darf tödliche Gewalt überhaupt nicht angewendet werden.“

In der Absicht, die israelische Behörden mit ihren Forderungen zu konfrontieren und um Aufmerksamkeit in den Medien zu erzeugen, haben verschiedene Gruppen im Gazastreifen israelischen Nachrichten zufolge eine Reihe von Demonstrationen und Märschen organisiert. Einige Berichte ließen vermuten, dass man bis zu 100,000 Demonstranten erwarte, die zur Grenze des Gazastreifens marschieren würden.

Die israelische Armee kündigte den Einsatz von 100 Scharfschützen an der Grenze an, und hochrangige Militärvertreter drohten, den Demonstrationen mit tödlicher Gewalt zu begegnen. Es wird erwartet, dass die Proteste bis zum 15. Mai 2018 anhalten werden, dem Tag, an dem die Palästinenser an die Nakba, die "große Katastrophe" erinnern. Dieser Gedenktag steht für die Vertreibung Tausender Palästinenser im Jahr 1948 bei der Gründung des Staates Israel.

Das israelische Militär kann auf eine düstere Geschichte der Anwendung tödlicher Gewaltmaßnahmen gegen palästinensische Protestierende zurückblicken. Und bei unrechtmäßigen Tötungen und Verletzungen ist Straflosigkeit die Norm. So wurde zum Beispiel der 29-jährige Ibrahim Abu Thuraya am 15. Dezember 2007 von einem Scharfschützen in den Kopf geschossen. Nach Augenzeugenberichten hatte Thuraya, der im Jahr 2008 beide Beine verloren hatte und seitdem im Rollstuhl saß, eine palästinensische Flagge geschwenkt und Parolen skandiert. Er war in Besitz einer Steinschleuder, auch wenn er diese nicht benutzt hatte. Berichten der israelischen Medien zufolge kamen die Untersuchungen der israelischen Armee zu dem Schluss, dass bei seiner Tötung kein "moralisches oder professionelles Versagen" feststellbar war.

„Die Behörden müssen die israelischen Truppen anweisen, sich strikt an die Grundprinzipien für den Einsatz von Gewalt und den Gebrauch von Feuerwaffen durch Polizeibedienstete zu halten und die Rechte von Palästinensern auf friedliche Versammlung und freie Meinungsäußerung zu respektieren“, sagte Philip Luther.